

+++ 44. NEWSLETTER GEGEN RECHTSEXTREMISMUS +++

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freundinnen und Freunde,
dies ist die 44. Ausgabe unseres Newsletters gegen Rechtsextremismus: In unregelmäßigen Abständen möchten wir Sie/Euch hiermit über unsere Initiativen, Positionen und Termine auf dem Laufenden halten und zeitnah informieren, was in Berlin passiert.

Über Ihr/Euer Interesse freut sich und auf Ihre/Eure Unterstützung hofft Ihre/Eure

Clara Herrmann, Sprecherin für den Bereich Verfassungsschutz und Strategien gegen Rechtsextremismus

Redaktion des Newsletters und Ansprechpartnerin für Nachfragen, Anregungen, Kritik oder technische Probleme: Clara Herrmann, newslettergegenrechts@gruene-fraktion-berlin.de

+++ Inhalt +++

- 1. Verfassungsschutzbericht 2015**
- 2. Berliner Konsens gegen Rassismus und Rechtsextremismus**
- 3. Rechte Bürgerwehren in Berlin**
- 4. Verschiedenes**

+ 1. Verfassungsschutzbericht 2015 +

Mitte Juni ist der neue Verfassungsschutzbericht für das Jahr 2015 für Berlin veröffentlicht worden. Erneut setzt sich die Verfassungsschutzbehörde im diesjährigen Bericht nicht kritisch mit der eigenen Struktur und ihrem nachrichtendienstlichen Handeln auseinander. Der Bericht bestätigt zudem das steigende Gewaltpotenzial der rechtsextremen Szene. Die Entwicklung in der Szene ist mehr als beunruhigend. Nach Schätzungen des Berliner Verfassungsschutzes gibt es so viele gewaltbereite Neonazis wie seit Jahren nicht mehr und rechte Gewalttaten sind im Vergleich zum Vorjahr um fast 30 Prozent gestiegen. Die Zahlen rechter Gewalt sind dramatisch hoch. Hinzukommt, dass sich Neonazis und Rassisten stärker organisieren.

Rechte Gewalt darf nicht verharmlost werden. Das steigende Gewaltpotenzial hängt offenkundig mit den rassistischen Parolen von Pegida und Co gegen Geflüchtete zusammen.

Wir Grüne fordern, dass die Täter konsequent verfolgt werden. Alle demokratischen Parteien und Akteur*innen müssen sich deutlich von rassistischer Hetze distanzieren und für ein weltoffenes und tolerantes Berlin einstehen.

Parlamentarisches:

- Pressemitteilung zum Verfassungsschutzbericht: ["In Berlin ist kein Platz für Hass und Gewalt"](#)

Aus der Presse:

- Mein Beitrag im Stachel: ["Dramatischer Anstieg rechter Gewalt"](#)
- Artikel im Tagesspiegel: ["Politiker werden immer öfter Ziel von Attacken"](#)

+ 2. Berliner Konsens gegen Rassismus und Rechtsextremismus +

Am 1. Juli haben Bündnis 90/Die Grünen gemeinsam mit SPD, CDU, Die LINKE, Piratenpartei und FDP den „Berliner Konsens“ unterzeichnet. Wie schon im Wahljahr 2011 haben sich die unterzeichnenden Parteien in Zusammenarbeit

mit der Mobilien Beratung gegen Rechtstextremismus Berlin (MBR) mit diesem Konsens vor der Wahl im September gemeinsam gegen rechtspopulistische Tendenzen gestellt und eine gemeinsame Haltung gegen Rechtsextremismus und Rassismus erklärt.

Angesichts der kommenden Wahlen in Berlin, bei denen sich auch die AfD zur Wahl stellt, ist eine entschiedene und konsequente Haltung aller demokratischen Parteien gegen jegliche Form von Rassismus und Hetze gegen Geflüchtete besonders wichtig und notwendig. In dem Konsens heißt es: *"Wir als demokratische Parteien werden im Wahlkampf gemeinsam rassistischen, rechtsextremen und rechtspopulistischen Positionen die Rote Karte zeigen und uns entschieden gegen sie stellen, wo auch immer sie auftreten."*

Nicht nur im Wahlkampf gilt: Berlin ist und bleibt eine offene Stadt, in der es keinen Platz für rechtspopulistische Stimmungsmache und rechtsextreme Gewalt gibt!

- Den "Berliner Konsens" finden Sie [hier](#)

+ 3. Rechte Bürgerwehren in Berlin +

Im Zusammenhang mit rechter Hetze gegen Geflüchtete wurden in ganz Deutschland am Anfang des Jahres vermehrt Gründungen von sogenannten Bürgerwehren beobachtet. Offiziell wollen die selbsternannten Streifen für mehr Sicherheit sorgen. Dahinter steckt aber rassistische Hetze und meist Akteure aus der rechtsextremen Szene. Um nähere Informationen über Bürgerwehren in Berlin zu erhalten, habe ich im März eine Schriftliche Anfrage an den Senat gestellt. Die Antwort hat ergeben, dass sich nach den Silvester-Ereignissen in Köln auch in Berlin in den sozialen Medien zahlreiche Bürgerwehren formiert haben. Auch bestätigt der Senat, dass ein Kreisverband der NPD sogenannte Kiezstreifen durchführt und zur Bürgerwehr aufruft.

Die Entwicklung vermehrter Bürgerwehren ist besorgniserregend und es muss offen gemacht werden, dass sich dahinter rechte Hetze und Stimmungsmache verbirgt. Das staatliche Gewaltmonopol darf nicht unterlaufen werden und der Senat muss dahingehend konsequent handeln.

Parlamentarisches:

- Schriftliche Anfrage: ["Rechte Bürgerwehren in Berlin"](#)

Aus der Presse:

- Berliner Zeitung: ["Erst Hitlergruß, dann Kiezstreife"](#)
- dpa-Meldung: ["Berliner Senat will Gründung von Bürgerwehren verhindern"](#)

+ 4. Verschiedenes +

+++

- [Hier](#) finden Sie eine Schriftliche Anfrage zum Pegida-Ableger in Berlin "**Bärgida**" mit Antworten zu Aktivitäten, Demonstrationen und Akteur*innen von Bärgida im letzten Jahr

+++

- [Hier](#) ist mein Aufruf zum **Protest gegen Rechtstextremisten am 7. Mai** in Berlin zu finden

+++

- [Schriftliche Anfrage zu rechtstextremen Demonstrationen](#) am 1. Mai in Berlin

+++

- Erneut hat es im Mai in Berlin einen **feigen Anschlag auf eine geplante Unterkunft für Geflüchtete** gegeben. Auf einer Baustelle in Marzahn wurde ein Feuer gelegt. Wir brauchen aber auch endlich ein adäquates Sicherheitskonzept für geplante und bestehende Unterkünfte in Berlin, um solche Attacken zu verhindern. Wir beobachten, dass deutschlandweit rechte Anschläge auf Flüchtlingsunterkünfte vor allem vor Eröffnungen stattfinden. Innensenator Henkel muss darauf reagieren und hier einen Schwerpunkt setzen.
- Meine Pressemitteilung zu dem Brandanschlag: ["Erneuter Brandanschlag auf geplante Flüchtlingsunterkunft – Henkel muss Sicherheitskonzept vorlegen!"](#)
- Meine [Mündliche Anfrage](#) in der Plenarsitzung zum Brandanschlag auf die Unterkunft für Geflüchtete